

DIE ENERGIEWENDE IN OBERBAYERN – UND IHRE GEGNER



Windräder in einem Rapsfeld hinter einer Allee – eine fast schon idyllische Aufnahme. Für die Windkraft an sich können sich auch viele begeistern. Doch für die großen Windräder nur sehr wenige.

FOTOLA

„Aber nicht vor meiner Haustür!“

Energiewende? Ja – aber bitte nicht vor meiner Haustür! Ob Windkraft, Biomasse, Geothermie: Der Protest gegen die Anlagen wird in den Kommunen lauter. Doch warum wollen die Bürger die grüne Energie nicht haben? Eine Spurensuche in der Region.

VON EVA DOBLER UND VERA MARKERT

München – Der Totenkopf grinst. Er grinst, obwohl ein rauchender Schlot aus ihm herausragt, der eine Wolke mit Gift, Feinstaub und CO₂ in den Himmel bläst. Kein Problem, zwischen den Zähnen des Schädels quellen Geldscheine hervor. „Hauptsache, die Kasse stimmt!“ So steht es auf dem Plakat, das eine Bürgerinitiative (BI) gegen ein geplantes Biomasse-Heizkraftwerk in Penzberg kursieren ließ. Der Bürgerentscheid fiel klar aus: Die Penzberger sagten Nein zur Anlage, mit 77,8 Prozent der Stimmen. Eine Watschn für die Energiewende. Das ist Wochen her, und Bürgermeister Hans Mummert (SPD) ist noch immer sauer auf die Bürgerinitiative. „Wir hätten uns doch keine Dreckschleuder hinstellen lassen“, hadert er.

Es ist ja auch zum Haare-raufen: Auf dem Papier finden derzeit drei von vier Bayern eine Ökostrom-Anlage in ihrer Nachbarschaft „gut bis sehr gut“ – sagt eine Studie im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien. Schöne grüne Welt also? Mitnichten. Denn in Bayern bildet sich Widerstand gegen Projekte zur Herstellung regenerativer Energie. Gewiss: In vielen Gemeinden rebellierte niemand. In anderen dagegen lebt eine bunte, emotionale Protestkultur auf. Ihr Credo: Energiewende ja – aber nicht vor meiner Haustür.

Die „Nimbys“ und ihre Sorgen

Für die Protestler gibt es ein eigenes Wort: die Nimbys. Eine Abkürzung für: „Not in my backyard!“ – nicht vor meiner Haustür. „Die Nimbys kann man nicht überzeugen, auch durch eine frühe und gute Bürgerbeteiligung nicht“, sagt Professor Alexander Eisenkopf von der Zepelin Universität Friedrichshafen, der über solche Themen forscht. Denn: „Der Einzelne ist immer weniger dazu bereit, Einschränkungen seiner Lebensqualität zugunsten der Allgemeinheit in Kauf zu nehmen.“ Und so laufen in Ebersberg Bürger gegen einen geplanten

Windpark im Forst Sturm. In Niederroth im Kreis Dachau wollte 2011 eine Bürgerinitiative einen Solarpark per Bürgerentscheid verhindern – und scheiterte. Zuvor hatte Gräfelting erfolgreich gegen ein Biomasse-Heizkraftwerk votiert. Und, und, und. Wer Standorte für Windräder, Solaranlagen, Biomasse- oder Geothermie-Kraftwerke sucht, stößt auf Widerstand. Den meisten Protest löst Windkraft aus, gefolgt von Biomasse und Geothermie.

Gute Vorsätze für das Jahr 2020

Dabei hat Deutschland ehrgeizige Ziele. Als Folge des Reaktorunglücks von Fukushima im März 2011 steigt die BRD aus der Atomenergie aus. Bis 2020 will die Bundesregierung einen Ökostrom-Anteil von 35 Prozent schaffen. Bayern will den Stromverbrauch bis 2021 sogar zur Hälfte aus regenerativen Energien decken. Derzeit liegt der Ökostrom-Anteil im Freistaat laut Umweltministerium aber erst bei 30 Prozent. Rund 400 000 Anlagen, überwiegend Photovoltaik, produzierten in Bayern derzeit grüne Energie – noch zu wenig.

Ein Geschäft mit der Angst?

Doch Projekt-Gegner schüren gern Emotionen, manche werfen ihnen „Panikmache“ vor – so wie beim Penzberger Totenkopf. Volker Hoensch, BI-Sprecher und Stadtrat, gibt zu: „Dass wir das Geschäft mit der Angst gemacht haben, mag stimmen. Die Kampagne war bewusst provokativ angelegt.“ Es hieß, das Projekt entstehe aus reiner Profitgier. Denn die Stadt wollte dafür ein Grundstück im Industriegebiet Nonnenwald an einen Investor verkaufen, als Betreiber war E.ON im Gespräch. Holz sollte die Anlage beheizen, den erzeugten Dampf wollte die Firma Roche abnehmen. Und der Strom sollte ins öffentliche Netz eingespeist werden. Die Bürger, so der Vorwurf, hätten von der ganzen Anlage nichts. Nur die Industrie.

Die Protestler schürten auch das Gerücht von der Müllverbrennungsanlage: Wenn das Holz aus sei, würde Abfall verheizt, sagten sie. Die Masche zog. Knapp 4500 Bürger sagten Nein. „Wenn die Angst mal da ist, kriegt man sie nicht mehr vom Tisch“, sagt Penzbergs Energiebeauftragter Rolf Beuting.

Manchmal verbünden sich Protestler auch überregional, betreiben Angst-Tourismus. Das bekamen die Brüder Thomas und Johann Gasteiger aus Paunzhausen zu spüren. Sie



Plakate hoch: Bürger aus Penzberg demonstrieren mit Totenkopf-Motiven.

W. SCHÖRNER

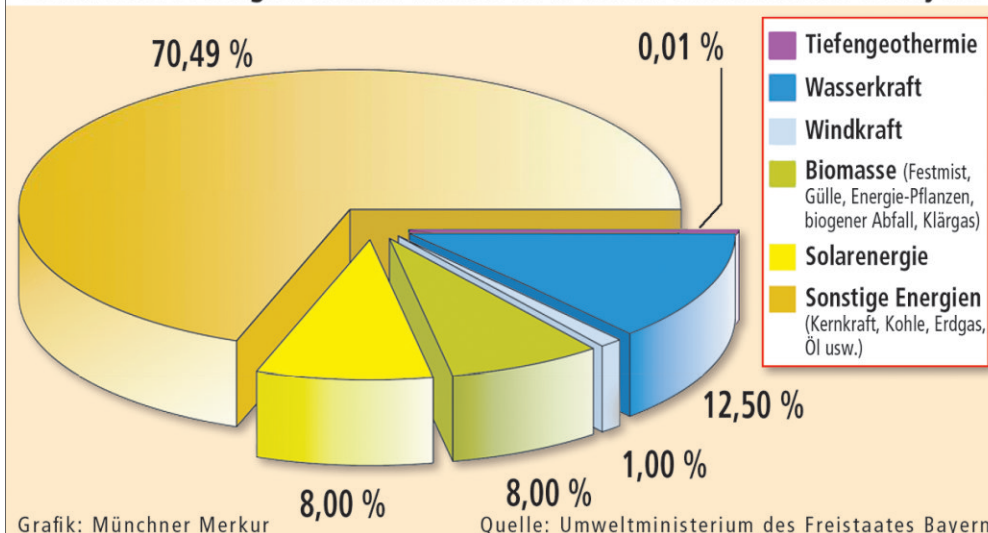
bauen in ihrem Ort das erste Groß-Windrad im Kreis Freising: 180 Meter hoch. Doch manche fürchten Lärm, Infraschall, zu geringen Abstand zu Häusern und eine verschandelte Landschaft. Klassische Argumente der Windrad-Gegner. Die Bürgerinitiative „Windrad 180“ sammelte im 1600-Seele-Ort stattliche 400 Unterschriften – gegen das Windrad. Thomas Gasteiger sah eine „generalstabsmäßig organisierte Kampagne“. Denn unterschrieben haben auch Leute, die 80 Kilometer vom geplanten Standort entfernt wohnen. Man hilft sich unter Nimbys. Gasteiger: „Manche Leute sehen das Projekt nicht negativ, werden aber so lange bearbeitet, bis sie auch dagegen sind.“

Gemeinden streiten über den Standort

Protest gegen die Energiewende heißt auch: Streit zwischen Gemeinden. Berg und Schäftlarn etwa. Der „Verein zum Schutz der Wadlhauser Gräben“ und die Kommune glauben, dass die Berger die Windräder extra so nah an die Gemeindegrenze zu Schäftlarn stellen wollen, um die Riesen von ihren eigenen Häusern fernzuhalten. Die vier Windräder könnten aber nur dort stehen, sagt Rupert Monn (EUW), Bürgermeister von Berg – auch um „Wildwuchs zu verhindern“. Schäftlarns Rathauschef Matthias Ruhdorfer (CSU) indes versteht die Sorgen seiner Bürger: „Da wird ja

die Landschaft verändert.“ Am Westufer des Starnberger Sees zoffen sich Tutzing und Bernried. Ein Investor will bei Höhenried ein Erdwärme-Kraftwerk bauen, das größte Mitteleuropas. Das Problem: Der so genannte „Claim“, wo gebohrt werden kann, reicht bis in Tutzinger Gebiet hinein. Den Claim legt das Bergamt des bayerischen Wirtschaftsministeriums fest, das die Bohrgenehmigung erteilt. Und nun soll just auch auf Tutzinger Gebiet gebohrt werden – was der Gemeinde nicht passt. Tutzing klagt. Um Kosten zu sparen, hat es sich an eine Laufender, ähnlich gelagerte Klage der nahen Gemeinde Wielenbach im Kreis Weilheim-Schongau drangehängt.

Erneuerbare Energien decken nahezu 30 % des Stromverbrauchs in Bayern



Der alternative Energie-Mix in Bayern

Beim Stromverbrauch in Bayern kommen die regenerativen Energien nach Angaben des Umweltministeriums auf rund 30 Prozent – bis 2021 sollen es 50 Prozent werden. Derzeit liegt die Wasserkraft vorn: bei 12,5 Prozent. Die Regierung will ihren Anteil um fünf Prozent steigern. Ehrgeiziger ist das Vorhaben bei der Solar-energie, die schon jetzt auf acht Prozent angewachsen ist – sie soll sich verdoppeln. Auch bei der Windkraft lautet die Parole „Klotzen statt kleckern“: Ein Prozent derzeit soll im Idealfall verzehnfacht werden. Die Biomasse (Energiepflanzen,

Gülle, Festmist, Abfall) soll von acht auf zehn Prozent zulegen. Den geringsten Anteil am Stromverbrauch hat heute die Tiefengeothermie mit rund 0,01 Prozent. Aber auch sie soll steigen – auf rund 0,6 Prozent. Um diese Ziele zu erreichen, sind viele neue Ökostrom-Anlagen nötig – verteilt über das ganze Land. Bauen sollen sie Investoren, Kommunen und Bürger. Erst im September hat die Staatsregierung dafür ein neues Förderprogramm von sechs Millionen Euro für Kommunen und Bürgeranlagen aufgelegt.

Zoff über die Energie-Form

Atomausstieg ja, erneuerbare Energien ja – aber nicht ausgerechnet diese Form: Das ist oft ein Streitthema. Die Bürgerinitiativen in Wielenbach und Bernried sind gegen Atomstrom – aber auch gegen Geothermie als Alternative. „Wir sollten erst Wind, Wasser und Sonne nutzen und uns die Technologieform als letzte Reserve aufheben“, sagt Gerhard Weber von der BI, die gegen das Wielenbacher Kraftwerk mobilisiert. Deshalb kämpft die „Initiativgruppe Ammer“, der Weber angehört, für ein Wasserkraftwerk. Dafür müsste man ein Wehr zwischen Weilheim und Wielenbach umbauen. Das Landratsamt lehnte das ab. Weber: „Wenn kein Investor dahintersteht, passiert bei der Energiewende nichts.“

Die Erdwärme-Gegner behaupten zudem, dass die Geothermie aus wirtschaftlichen, nicht aus ökologischen Gründen bevorzugt wird. Sie fürchten, dass die Kraftwerke in erster Linie Gelddruckmaschinen seien – für Investoren. Regina Fischer-Jech von der BI gegen das Kraftwerk in Bernried sagt: „Es geht um das Abgraben von Subventionen.“ Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergütet Geothermie-Strom deutlich höher als Strom aus Wind- oder Wasserkraft. Der Betreiber bekommt für jede Kilowattstunde aus Erdwärme 25 Cent, für Windenergie nur fünf bis neun Cent. „Der Verbraucher zahlt das mit seiner Stromrechnung“, sagt Weber.

Erdwärme-Gegner bezeichnen Geothermie-Kraftwerke auch als „Stromwaschmaschinen“. Übertrieben, aber: Der Kraftwerk-Betreiber darf für die Energieerzeugung Atomstrom einkaufen. Er darf also billigen Atomstrom nutzen, um teuren Ökostrom zu produzieren. „Mit Energiewende hat das wenig zu tun“, empört sich Regina Fischer-Jech.

Gefühlter Mangel an Informationen

Widerstand formiert sich auch, wenn der Bürger sich schlecht informiert fühlt. Das Gefühl haben Betroffene schnell – auch in Penzberg. Dabei gab sich die Stadt von Anfang an Mühe, dem Vorwurf zu entgehen, sagt Bürgermeister Mummert. Noch vor dem Streit wurde ein Ratsbegehren angekündigt, es gab Info-Veranstaltungen, einen Bürger-Fragenkatalog mit 99 Fragen, die der Stadtrat behandelte. Half alles nichts. Die Bürger stoppten das Heizkraftwerk.

Auch in Bernried, wo das Geothermie-Kraftwerk entstehen soll, fühlen sich manche

übergangen. „Ich habe erst davon erfahren, als das Rüttelfahrzeug vor meiner Tür vorbeigefahren ist“, sagt Regina Fischer-Jech. Andere hätten nur in der Zeitung davon gelesen.

Auch Kommunen fühlen sich alleingelassen, weil der Staat kaum Vorgaben mache. „Man muss der Staatsregierung ankreiden, dass es wenig Geregelteres gibt“, sagt Johann Daniel (FW), Bürgermeister von Paunzhausen, wo ein Windrad gebaut wird. 1500 davon sollen bis 2021 in Bayern entstehen. Es fehlen aber einheitliche Mindestabstände zwischen Windrad und Bebauung. Weil vieles unklar ist, holte sich die Gemeinde einen Rechtsanwalt als Berater.

Sind bestimmte Auflagen erfüllt, muss das Landratsamt die Windräder genehmigen – „privilegierte Bauvorhaben“ nennt man das. Die Kommune kann dann nur noch den Standort festlegen (in „Konzentrationszonen“) – doch auch da gibt es Lücken in den Vorschriften.

Kompetenz-Wirrwarr beim Staat

Auch Energiewende-Fans rügen den Staat. „Man hat versäumt, ein schlüssiges Konzept für die Bundesrepublik aufzustellen“, sagt Wolfgang Seiler, Chef der Energiewende Oberland (EWO), einer Bürgerstiftung der Kreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau und Miesbach. Viele Ministerien mit vielen Interessen seien zuständig. Seilers Vorschlag: Jeweils eine Stelle im Kanzleramt und in der Staatskanzlei schaffen, die alles regeln. „Die Energiewende ist so wichtig, dass wir sie zur Chefsache machen müssen.“ Nur so komme sie an der Basis an. Das Zauberwort lautet: Bürgerbeteiligung.

Schlimme Folgen des Protests?

Die Frage ist: Gefährden die Nimbys am Ende gar die Energiewende? „Das einzelne Projekt ist für die Energiewende nicht notwendig“, sagt Detlef Fischer vom Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft. Die Wende setze auf viele hundert Projekte. „Aber wenn wir jedes verhindern, kommen wir kein Stück weiter.“ In der Gesellschaft habe es „noch nicht klick gemacht, worum es eigentlich geht“.

Die Bürgerinitiativen dächten kurzfristig, sagt Erwin Knappek vom Bundesverband für Erneuerbare Energien. Wenn sie Ökostrom-Anlagen verhindern, entstünden im Gegenzug Gas- oder Braunkohle-Kraftwerke. Irgendwoher müssten Strom und Wärme ja kommen.